

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalten, und für Anwerdige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlagspreis: Die monatliche Postgebühr für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Pfennige, auswärts 40 Pfennige, auswärts 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige. — Reichsmark, amtliche Zeile 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 95

Mittwoch, den 24. April 1929

24. Jahrgang

Die Sachverständigenberatungen gehen weiter

Ein neuer Unterausschuß

Ueber die heute vormittag abgehaltene Vollsitzung der Reparationskonferenz, die etwa eine halbe Stunde dauerte, ist eine Mitteilung ausgegeben worden, in der es heißt:

„Dem Komitee wurde der Bericht des Unterausschusses Revelstoffs vorgelegt, mit der Angabe, daß über die Ziffern keine Einigung erzielt werden konnte. Der Bericht wurde zu den Akten der Konferenz genommen. Darauf entschied das Komitee in der Vollsitzung einstimmig, daß ein Unterausschuß gebildet werden soll, mit dem Auftrage, die Haupttrichlinien, die in einem Bericht aufgenommen werden sollen, festzulegen. Die ersten Delegierten jeder Gruppe sollen diesen Unterausschuß bilden. Man nimmt an, daß während der Beschäftigung mit den Fragen, über die bereits eine Einigung erzielt worden ist, von den einzelnen Gruppen gleichmäßig Anstrengungen gemacht werden, mit dem Ziele, auch über die Punkte, über die keine Einigung erzielt worden ist, zu einer Einigung zu kommen.“

Poincarés Absichten

Ministerpräsident Poincaré hat als Vorsitzender des Verwaltungskomitees des Finanzdepartements in Paris die Tagung mit einer Rede eröffnet, in der er erklärte, daß Frankreich als Schuldner stets seinen Verpflichtungen getreu geblieben sei, und daß es infolgedessen nur sein gutes Recht sei, in der Einziehung seiner Kriegsforderungen Mittel zu suchen, um seine Schulden bei seinen Alliierten oder Assoziierten abtragen zu können. Niemand wie noch, ob es möglich sein werde, die Verhandlungen in Paris mit ersten Erfolgsaussichten fortzusetzen. Wenn es zu Mißerfolgen kommen würde, dann würde dies nicht ein Mißerfolg für Frankreich sein. Dieses würde es im Interesse Europas und der Welt als ein Übel betrachten, wenn diese unabweisbaren Fragen der Schulden und der Reparationen endlich unter allgemeiner Zustimmung geregelt werden würden und es sei sich bewußt, daß es große Zugeständnisse gemacht habe, um dazu zu gelangen. Wenn aber seine Bemühungen vergeblich blieben, dann werde es sich naturgemäß an die Durchführung des Dawesplanes halten, die ihm übrigens dank der demnächstigen Anwendung des Wohlstandsindex eine beträchtliche Erhöhung der gegenwärtigen Jahreszahlungen vorbehalte (!).

Keine klaren Vorstellungen bei den Alliierten

Eine Erklärung des Sachverständigen Geheimrats Kasl

Der Pariser Berichterstatter der „Financial Times“ gibt eine Erklärung wieder, die — wie er erklärt — der zweite deutsche Delegierte, Geheimrat Ludwig Kasl, ihm gegeben hat. Darin heißt es, es sei den Deutschen von Anfang an klar gewesen, daß die Delegierten der Gläubigerstaaten zu der Konferenz kamen, ohne eine klare Vorstellung zu haben, was sie schuldeten oder welchen Betrag die Gesamtheit ihrer Forderungen ergeben würde. Die deutsche Delegation habe dagegen auf Grund sorgfältig vorbereiteter Dokumente schon eine Vorstellung davon gehabt, daß die gesamten Forderungen weit über die Daweszahlungen hinausgehen würden. Bei Bekanntgabe der einzelnen Forderungen habe sich eine so hohe Gesamtsumme ergeben, daß die Delegierten, die die einzelnen Forderungen vorbrachten, selbst überrascht gewesen seien. Geheimrat Kasl fuhr fort: Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, um die einzelnen Forderungen herabzusetzen. Wir haben guten Grund, zu glauben, daß sich dabei große Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Gläubigerdelegierten ergaben. Schließlich fanden wir einer Gesamtforderung von 2900 Millionen RM jährlich gegenüber. Wir sind aber zur Konferenz als nächste und unabhängige Geschäftsleute gekommen, und wir sind nicht bereit, gewisse Maßnahmen einen Schock zu unterzeichnen, den wir bei der Vorlegung nicht auszuhalten könnten. Wir können unsere Zahlungsfähigkeit nicht durch Ausfuhr steigern infolge der hohen Zollschranken, die alle Nationen seit dem Kriege gegen die Einfuhr deutscher Waren errichtet haben! Nachdem wir auf die verschiedenen Minuspunkten hingewiesen hatten, ersuchten wir die Gläubigerdelegierten, uns zu zeigen, wie wir unsere Zahlungsfähigkeit steigern könnten. Geheimrat Kasl erwähnte dann die in dem deutschen Memorandum enthaltenen beiden Pläne und ihre Voraussetzungen und schloß: Wir sind bereit und wünschen, die Dinge mit unseren sachverständigen Kollegen weiter zu erörtern. Wir wünschen nicht, daß die Konferenz abgebrochen oder auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Aber als unabhängige sachkundige Geschäftsleute, die frei von der Kontrolle

der deutschen Regierung sind, haben wir die Ueberzeugung, daß es die deutsche Leistungsfähigkeit zu sehr belasten würde, über die Annuität von 1650 Millionen RM hinauszugehen, außer wenn die Vertreter der Gläubigerstaaten uns einen anderen Ausweg zeigen, was sie bisher nicht getan haben.

Dr. Curtius zu den Reparationsverhandlungen

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab gestern bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums Minister Dr. Curtius ungefähr folgende Erklärung ab: Unsere Sachverständigen, die nach wie vor in der Freiheit ihrer Entschlüsse von der Regierung in keiner Weise beeinflusst werden, sind auf der Rückfahrt nach Paris. Ein Bruch der Konferenz ist vermieden, die Tür zu Verhandlungen nicht zugeschlagen. Ob und wann aber noch eine Einigung möglich ist, vermag niemand vorauszusagen. Optimismus ist unangebracht. Unter diesen Umständen darf und muß ich mir versagen, über die

Die deutsche Denkschrift

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht die deutsche Denkschrift. In dem Memorandum heißt es:

Der Dawesplan stellt einen Versuch dar, im Wege der Erfahrung ausfindig zu machen, wieviel Deutschland zahlen kann. Gleichgültig sollte er den Abschluß eines endgültigen Abkommens erleichtern, wenn die Verhältnisse dies erlauben. In dem Plan ist erklärt worden, daß Zahlungen nur aus dem Uberschuß wirtschaftlicher Arbeitsleistungen durchgeführt werden und durch Experten finanziert werden können. Der Dawesplan steht also vor, daß Zahlungen nicht aus dem dauernden Verkauf von Substanz und die Transferierungen nicht auf die Dauer aus Anleihen erfolgen sollen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß zur Durchführung sehr große Teile der deutschen Substanz an das Ausland verkauft werden mußten, und daß die Transferierung nur durch diese Umstände und durch Zustrom von fremden Krediten ermöglicht worden ist. Die deutsche Zahlungsbilanz ist in den Jahren 1924/25 mit 16½ Milliarden passiv geblieben, wovon 10 Milliarden auf die passiv Handelsbilanz entfallen. In der gleichen Zeit sind 15 Milliarden Mark lang- und kurzfristige Kredite nach Deutschland gegangen. Ein großer Teil deutscher Schuldverschreibungen und Aktien ist von Ausländern erworben worden. Die deutsche Landwirtschaft arbeitet seit Jahren mit Verlust und die Durchschnittsentlohnung der deutschen Industrie ist sehr niedrig. Hinzu kommt die Arbeitslosigkeit (zurzeit 2½ Millionen), die zu einer Gefahr geworden ist. Es ist unter diesen Umständen nur eine Frage der Zeit, wann die Schutzmaßnahmen des Dawesplanes (Einstellung des Transfers und Ansammlung von Markbeträgen bis zur Höhe von 5 Milliarden) in Kraft gesetzt werden müssen. Wenn wir trotz dieser Erfahrungen versuchen, aus dem Zustand der Unsicherheit in einen Zustand der Sicherheit zu kommen, so sind wir uns klar darüber, daß damit ein Risiko übernommen wird. Wir sind bereit, dieses Risiko auf uns zu nehmen, wenn gewisse Schutzmaßnahmen angewandt werden. Die Uebernahme des Risikos erfordert eine geordnete Gesetzgebung und Verwaltung in Deutschland, den Fortfall der noch bestehenden fremden Kontrollmaßnahmen und der Behinderungen, die zurzeit noch für die deutsche Finanzgebarung bestehen.

Daß aber Deutschland zur Erfüllung der im neuen Plan festgelegten Verpflichtungen ein Höchstmaß von Energie anwenden, so ist es nötig, daß ihm dazu in stärkerer Maße als bisher die erforderlichen wirtschaftlichen Grundlagen gegeben werden. Deutschland ist im größeren Umfang als irgend ein anderes Land gezwungen, zur Aufrechterhaltung und Entwicklung seiner industriellen Produktion Rohstoffe aus dem Ausland einzuführen. Infolge des Krieges ist Deutschlands innere Rohstoffbasis wesentlich eingeschränkt worden, und es ist ihm die Möglichkeit, eigene überseeische Rohstoffe zu erschließen, genommen worden.

Diese Verluste wirken sich in einer ungewöhnlich starken Belastung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz aus. Wenn aber Deutschland die in diesem Plan festgelegten Zahlungsvorgaben ohne eine immer mehr zunehmende neue Verschuldung an das Ausland erfüllen soll, so muß Deutschland Gelegenheiten gegeben werden, sich wieder eine eigene überseeische Rohstoffbasis zu schaffen, die es mit eigenen Produktionsmitteln, mit eigener Währung und eigenen Unternehmen entwickeln und ausbauen kann.

Bezüglich der deutschen Lebensmittelversorgung ist besonders wichtig, daß die Einfuhr von Lebensmitteln verringert

deutsche Wirtschaftslage und die allgemeine Wirtschaftspolitik der Reichsregierung Erklärungen abgegeben. Wenn der Schlußbericht der Konferenz vorliegt oder etwa nachfolgende politische Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, ist der Zeitpunkt da, hierüber Auskunft zu geben.

Eine Stimme der Vernunft

Vorab über die Annehmbarkeit des Vorschlags Schachts

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Senator Borah habe erklärt, daß er die Vorschläge Dr. Schacht auf der Reparationskonferenz als annehmbar für Frankreich ansehe. Bei dem Abschluß des Mellon-Boraher-Abkommens hätten die französischen Delegierten sich darauf berufen, daß Frankreich nicht in der Lage sei, die Gesamtheit der den Vereinigten Staaten zukommenden Summen zu zahlen. Die gleiche These könne auf Deutschland angewandt werden. Wenn Frankreich also die von Deutschland gemachten Angebote ablehnen sollte, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich gezwungen sein, von Frankreich die restliche Bezahlung aller von ihm eingegangenen Schulden zu fordern.

Sir Charles Addis zum zweiten Delegierten Englands ernannt

Sir Charles Addis, der bis jetzt stellvertretender Delegierter Großbritanniens für die Reparationskonferenz war, wurde anstelle des verstorbenen Lord Revelstoffs zum zweiten ordentlichen Delegierten ernannt.

und teilweise durch eigene Erzeugung ersetzt wird. Dabei kann man nicht vorübergehen an der Tatsache, daß wichtige landwirtschaftliche Uberschußgebiete im Osten Deutschlands durch Abtrennung verloren gegangen sind, und daß ein größeres, fast ausschließlich der landwirtschaftlichen Erzeugung dienendes Gebiet vom übrigen Teil des Reiches abgeschnürt ist. Infolgedessen geht der wirtschaftliche Wohlstand dieses Gebietes fortgesetzt zurück, und die Reichsregierung muß ihm fortgesetzt Unterstützungen gewähren. Es sollten daher geeignete Maßnahmen vereinbart werden, um diese abträglichen Bedingungen, welche Deutschlands Zahlungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen, zu beseitigen.

Ferner sollte die Frage geprüft werden, in welchem Umfang eine Steigerung der deutschen Warenausfuhr die deutsche Zahlungsbilanz verbessert werden könnte. Die Tendenz zu einer weiteren Entwicklung des Welthandels und zu einer Erleichterung der internationalen Warenbewegung ist auf immer schwerere Hindernisse gestoßen. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hängt nicht allein von seiner Warenproduktion, sondern auch von der Bereithaltung der anderen Länder ab, solche Waren aufzunehmen. Es ist nicht die Aufgabe des Ausschusses, die handelspolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Nationen zu kritisieren. Er sollte aber feststellen, daß man nicht Zahlungen von einem industriellen Exportland erwarten kann, wenn man ihm nicht die Möglichkeit gibt, seine Waren auf ausländischen Märkten zu verkaufen, und daß infolgedessen das hier vorliegende Mißverhältnis bei der Bemessung der Höhe der von Deutschland zu erwartenden Zahlungen mitzuprüfen muß.

In einem weiteren Teil, der die bereits bekannten Jahreszahlungsreihen A und B enthält, behandelt das Memorandum noch das Transferproblem.

Die Taktik der Franzosen

Der Sonntagbesuch der deutschen Verhandlungsführer Dr. Schacht und Dr. Böger in Berlin endete, wie vorausgesehen war, damit, daß die deutschen Reichsminister auch weiterhin den Sachverständigen ihre unveränderte Verhandlungsfreiheit überließen. Es ist verständlich, daß Dr. Schacht sich entschloß, aber Sonntag der Reichsregierung Bericht zu erstatten, nachdem er die französische Taktik im Revelstoff-Ausschuß klar erkannt hatte und sah, wie sie sich in der Weltpresse auswirkte. Obwohl er selbst am Freitag und Sonnabend von Paris aus mehreren Vertretern der Weltpresse erklärte, daß das deutsche Memorandum kein Ultimatum darstellt, politische Forderungen überhaupt nicht gestellt wurden und jener Teil des deutschen Memorandums, der von Sachverständigen der Gläubigerstaaten politisch gewertet wurde, überhaupt nicht zur Erörterung gelangte, konnte sich Dr. Schacht der Erkenntnis nicht verschließen, daß die französische Weltpropaganda einen scharfen Gegensatz zwischen den Auffassungen Dr. Schachts und den Zielsetzungen der deutschen Reichsregierung herausarbeitete.

Gerade deshalb war der Besuch der deutschen Verhandlungsführer in Berlin zu einer sachlichen Notwendigkeit geworden. Die amtliche Mitteilung der deutschen Reichsregierung vom Sonntagabend bestätigte denn auch das, was wir über das deutsche Memorandum schon vor der Abwesenheit Dr. Schachts in Ver-